Polen-Pressespiegel 08/2022 vom **24.02.2022**

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Anne Applebaum: Putin hat es Obama angetan, er hat es Macron angetan. Er wird es jedem antun. Aber unsere Führungskräfte lernen nichts daraus*
- *Es gibt ein System – es gibt ein Ergebnis. Entweder PiS oder die EU*
- *Prof. Krzemiński: Die Menschen sehen nicht, dass sie unter einer Besatzung der PiS stehen*
- *Morawiecki hat die Dreschflegel-Regel vor dem EuGH angewandt. Die Situation wird gefährlich für Polen*
- *Der Intendant des Słowacki-Theaters wird entlassen. Der Vorstand der Woiwodschaft Kleinpolen hat ein Verfahren eingeleitet*
- *Olga Tokarczuk erobert Amerika. Ihr Roman war in weniger als zwei Wochen auf den Bestsellerlisten*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Anne Applebaum: Putin hat es Obama angetan, er hat es Macron angetan. Er wird es jedem antun. Aber unsere Führungskräfte lernen nichts daraus

Quelle: wyborcza.pl

Warum kein Staatschef den Russen sagen wird: Keine Schulen mehr in der Schweiz! Keine Wohnungen mehr in Knightsbridge! Keine Yachten mehr im Mittelmeer!

Die „Gazeta Wyborcza“ hat eine Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift „The Atlantic“ aufgenommen. Wir werden regelmäßig Kolumnen von Anne Applebaum veröffentlichen, einer Pulitzer-Preisträgerin und prominenten Expertin für internationale Angelegenheiten. Das sind Texte, die den eigenen Horizont erweitern.

Oh, wie ich Liz Truss um ihre Chance beneide! Und oh, wie ich es bedaure, dass sie es völlig verpasst hat! Wenn Sie nicht wissen, von wem die Rede ist, lassen Sie mich erklären, dass Truss eine unbedeutende britische Außenministerin ist, die diese Woche nach Moskau reiste, um ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu sagen, dass sein Land nicht in die Ukraine einmarschieren sollte.
Die Reise war kein Erfolg. In einer eisigen Pressekonferenz verglich Lawrow ihr Gespräch mit einer Diskussion zwischen einem „Stummen“ und einem „Tauben“. Später ließ er Informationen an die Presse durchsickern, wonach sie bestimmte russische Regionen mit ukrainischen Regionen verwechselt hatte, und goss damit weiteres Öl ins Feuer.
Lawrow hat dies schon viele Male getan.
Im vergangenen Jahr hat er sich gegenüber dem außenpolitischen Korrespondenten der Europäischen Union, Josep Borrell, abscheulich verhalten. Auf internationalen Konferenzen ist er unangenehm und unhöflich zu Journalisten. Sein Verhalten ist nicht zufällig. Für Lawrow wie für den russischen Präsidenten

Wladimir Putin sind Aggression und Sarkasmus Mittel, um die Verachtung des Gesprächspartners zu demonstrieren, um Verhandlungen schon vor deren Beginn als sinnlos darzustellen, um Angst und Apathie zu erzeugen. Es geht darum, andere Diplomaten in die Defensive zu drängen oder sie zum Rücktritt zu bewegen.
Die Tatsache, dass Lawrow sich verächtlich und unangenehm verhält, ist jedoch nichts Neues. Das gilt auch für die Tatsache, dass Putin stundenlang ausländischen Staatsoberhäuptern von seinem persönlichen und politischen Groll erzählt. Er tat dies vor mehr als einem Jahrzehnt, als er zum ersten Mal mit Präsident Barack Obama zusammentraf; genau dasselbe tat er letzte Woche bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Truss hätte dies alles wissen müssen.

Anstatt leere Phrasen über Regeln und Werte zu dreschen, hätte sie die Pressekonferenz auch so beginnen können:
Ich begrüße die Vertreter der Medien. Ich freue mich, nach dem Treffen mit meinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu Ihnen zu kommen. Dieses Mal haben wir uns nicht die Mühe gemacht, über Verträge zu diskutieren, die er nicht einhalten wird, und über Versprechen, die er nicht einhalten wird. Stattdessen sagten wir ihm, dass der Einmarsch in die Ukraine sehr, sehr teuer werden würde - teurer, als er es sich je hätte vorstellen können. Wir planen nun, die russischen Gasexporte vollständig einzustellen - Europa wird sich nach anderen Energiequellen umsehen. Wir bereiten die Unterstützung des ukrainischen Widerstands vor und werden dies, wenn nötig, noch ein Jahrzehnt lang tun. Wir vervierfachen unsere Unterstützung für die russische Opposition und die russischen Medien. Wir wollen sicherstellen, dass die Russen die Wahrheit über diese Invasion hören, und zwar so laut wie möglich. Wenn Sie einen Machtwechsel in der Ukraine herbeiführen wollen, werden wir uns für einen Machtwechsel in Russland einsetzen.
Truss, und vor ihr Borrell, hätten eine Prise persönlicher Beleidigung hinzufügen können, im Stil von Lawrow selbst, und laut fragen können, wie es möglich ist, dass Lawrows offizielles Gehalt ausreicht, um die verschwenderischen Immobilien zu erhalten, die seine Familie in London genießt.
Sie hätte auch die Namen vieler anderer russischer Regierungsvertreter nennen können, die ihre Kinder auf Schulen in Paris oder Lugano schicken. Sie hätte verkünden können, dass diese Kinder - und zwar alle - jetzt mit ihren Eltern nachhause gehen werden: keine amerikanischen Schulen mehr in der Schweiz! Keine Wohnungen mehr in Knightsbridge! Keine Yachten mehr im Mittelmeer!

Sie scheren sich nicht um Dinge wie „guter Ruf“
Natürlich würde Truss - wie auch Borrell, wie auch Macron, wie auch der deutsche Kanzler, der diese Woche nach Moskau reist - so etwas nie sagen, nicht einmal in einem privaten Gespräch. Leider glauben die westlichen Staats- und Regierungschefs und Diplomaten, die derzeit versuchen, eine russische Invasion in der Ukraine zu verhindern, immer noch, dass sie in einer Welt leben, in der Regeln zählen, in der das diplomatische Protokoll gilt und in der die höflichen Worte geschätzt werden.
Sie alle denken, dass sie in Russland mit Menschen sprechen, deren Meinung durch Argumente oder Diskussionen geändert werden kann. Sie glauben, dass sich die russische Elite um Dinge wie den „guten Ruf“ kümmert. Das ist nicht der Fall.
Wenn wir mit den Autokraten der neuen Generation sprechen - sei es in Russland, China, Venezuela oder Iran - haben wir es mit einem ganz anderen Phänomen zu tun: Menschen, die sich nicht um Verträge und Dokumente scheren, Menschen, die nur harte Macht respektieren. Russland verstößt gegen das 1994 unterzeichnete Budapester Memorandum zur Gewährleistung der Sicherheit der Ukraine.
Hat jemand jemals gehört, dass Putin darüber gesprochen hat? Nein, natürlich nicht. Er schert sich auch nicht um seinen Ruf als unzuverlässiger Mann: Mit Lügen hält er seine Gegner im Dunkeln. Lawrow macht es auch nichts aus, gehasst zu werden, denn Hass vermittelt den Eindruck von Stärke.
Auch ihre Absichten unterscheiden sich von unseren. Putins Ziel ist nicht ein blühendes, friedliches, wohlhabendes Russland, sondern ein Russland, in dem er an der Macht ist. Lawrows Ziel ist es, seine Position in der undurchsichtigen Welt der russischen Elite zu halten und natürlich sein Vermögen zu bewahren. Was wir mit „Interessen“ meinen und was sie mit „Interessen“ meinen, sind zwei verschiedene Dinge. Wenn sie unseren Diplomaten zuhören, hören sie nichts, was ihre Position, ihre Macht, ihren persönlichen Erfolg wirklich bedroht.

Niemand wird die Russen aus Miami vertreiben

Trotz all unserer Ankündigungen hat niemand ernsthaft versucht, die russische Geldwäsche im Westen oder den russischen politischen und finanziellen Einfluss im Westen zu beenden. Wir reduzieren sie allenfalls. Niemand hat die Vorschläge ernst genommen, dass Deutschland nun unabhängig von russischem Gas werden sollte, dass Frankreich politische Parteien verbieten sollte, die russisches Geld annehmen oder dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten verhindern sollten, dass russische Oligarchen Immobilien in London oder Miami kaufen. Niemand hat vorgeschlagen, dass die richtige Antwort auf Putins Informationskrieg gegen unser politisches System ein Informationskrieg gegen sein System wäre.

Wir stehen nun am Rande eines potenziell katastrophalen Konflikts. Die Botschaften der USA, des Vereinigten Königreichs und Europas in der Ukraine werden evakuiert. Die Bürger werden aufgefordert, das Land zu verlassen.

Aber dieser erschreckende Moment ist nicht nur ein Beweis für das Versagen der Diplomatie. Sie zeigt auch das Versagen der westlichen Vorstellungskraft, die seit Langem bestehende mangelnde Bereitschaft von Diplomaten, Politikern, Journalisten und Intellektuellen zu verstehen, zu welcher Art von Staat sich Russland entwickelt, und sich auf diesen Wandel vorzubereiten. Wir wollten die Vertreter dieses Staates nicht so sehen, wie sie wirklich sind. Wir wollten nicht in einer Weise mit ihnen sprechen, die zu Ergebnissen führt. Jetzt könnte es zu spät sein.

Der Text stammt aus *The Atlantic*

***Anne Applebaum** schreibt regelmäßig für die Zeitschrift „The Atlantic". Sie ist Dozentin am SNF Agora Institute der Johns Hopkins University und Autorin zahlreicher Bestseller. Ihr neuestes Werk ist „Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist." (2020).*

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,28112739,anne-applebaum-putin-zrobil-to-obamie-zrobil-macronowi-robi.html

ANDRZEJ MLECZKO

ICH MÖCHTE SIE NICHT BETRÜGEN.
ICH WERDE SIE BETRÜGEN.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

Es gibt ein System – es gibt ein Ergebnis. Entweder PiS oder die EU

Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von Jacek Żakowski

Es geht nicht um die Disziplinarkammer. Es geht nicht um den Streit mit der Kommission. Es geht nicht um den EuGH. Es geht nicht um den Neo-Justizrat KRS oder den Przyłębska-Gerichtshof. Es geht auch nicht um die 770 Milliarden aus dem Wiederaufbaufonds und den Haushalt der Union. Das sind nur Beiträge. Einzelheiten. Stufen der Pyramide. Obwohl sie recht hoch sind.

Es spielt keine Rolle, welcher Vorschlag zur Reparatur des Disziplinarverfahrens gewinnt - der des Präsidenten oder der der PiS; auch nicht, ob die Rundfunk- und Fernsehrat KRRiT nun eine Lizenz an TVN 7 vergibt oder nicht; auch nicht, ob die PiS sich an das mit der Tschechischen Republik geschlossene Abkommen hält usw. Dies alles sind - mit Verlaub - nur Einzelheiten. Es handelt sich um Ziegelsteine, die aus der Wand entfernt und wiedereingesetzt oder durch einen ähnlichen Stein ersetzt werden können, etwas Mörtel hinzufügend.

Es geht darum, dass die Vision eines Staates, wie er von der PiS verkörpert wird, in seiner Natur völlig unvereinbar mit dem Wesen der Union ist, mit ihrer Identität, ihrer politischen und rechtlichen Kultur und mit den Gründen, aus denen diese Gemeinschaft geschaffen wurde.

Im Gegensatz zu dem, was wir immer wieder über die Beziehungen zwischen Polen und der EU hören, gibt es hier überhaupt keine Krise. All diese Zankereien, Streitereien, Auseinandersetzungen und gegenseitige Drohungen sind keine Krisen oder die eine Krise, sondern das Ergebnis - wie Kisiel es über die wirtschaftlichen Probleme der Volksrepublik Polen elegant beschrieben hat. Es handelt sich um eine offensichtliche und unvermeidliche Folge.

So wie in der Planwirtschaft der Mangel an Gütern das natürliche Ergebnis des Wirtschaftssystems ist, wie János Kornai es treffend beschrieben hat, so ist in einem zentral verwalteten Staat das natürliche Ergebnis des politischen Systems der Mangel an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit einhergehend u.a. Mangel an guter Regierungsführung.
Schritt für Schritt baut die PiS einen zentral verwalteten Staat auf. Unabhängig davon, woher die zentralisierte Macht kommt - göttlicher Wille, Wahl oder Militärputsch - kann ein solcher Staat auf Dauer nicht gesetzestreu, umsichtig, wirklich demokratisch oder effizient sein. Ganz gleich, was für eine Scheindemokratie und -rechtsstaatlichkeit sie schafft. Es genügt, die durch „polnische Ordnung“ der PiS verursachte Katastrophe damit zu vergleichen, wie 1993 Minister Jerzy Osiatyński, der vor kurzem verstorben ist, 1993 mit der Einführung von zwei großen Steuern, der Einkommensteuer und der Mehrwertsteuer, eine viel größere Veränderung bewirkt hat.
Es gibt viele Gründe für die Dysfunktion einer zentralistischen autoritären Macht. Am wichtigsten ist die Auswahl des Personals nach Loyalität und nicht nach Kompetenz. Es genügt ein Vergleich der Kompetenzen von Minister Kościński, der an einer Londoner Fachhochschule Botanik und Geologie studiert hat, sein Studium jedoch nicht abgeschlossen und eine Ausbildung als Manager in Bankstrukturen absolviert hat, mit den Kompetenzen von Professor Osiatyński zu vergleichen - einem Wirtschaftswissenschaftler von internationalem Rang mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Werk, das auch die Gestaltung von Wirtschaftssystemen umfasst. Ein Vergleich von Frau Przyłębska mit ihren Vorgängern am Verfassungsgericht oder Ministerin Zalewska und Minister Czarnek mit den meisten ihrer Vorgänger im Bildungsministerium.
Wenn man will, dass ein Staat im 21. Jahrhundert zusammenbricht, muss man nur ein System wie das der PiS einführen und die Folgen abwarten. Alles muss zusammenbrechen, unabhängig davon, was eine solche Regierung anstrebt. In Russland, das vor einem Jahrzehnt das gleiche Pro-Kopf-BIP wie Polen hatte und heute ein Viertel weniger hat, ist leicht zu erkennen, dass eine solche Macht (auch wenn sie über viel Geld aus Rohstoffen oder der EU verfügt) ihre Katastrophen mit immer mehr Gewalt flicken muss, zunächst gegen ihre Bürger, und dann auch nach außen - mit Krieg.
Die Union wurde gegründet, damit sich solche Prozesse in Europa nicht wiederholen können. Wenn sie einen Sinn haben will, kann sie solche Regierungen nicht unterstützen oder tolerieren. Hier gibt es keine Philosophie. Es gibt ein System und es gibt ein Ergebnis. Entweder PiS oder die EU.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,28122705,jest-system-jest-rezultat-albo-pis-albo-unia.html

Prof. Krzemiński: Die Menschen sehen nicht, dass sie unter einer Besatzung der PiS stehen

Ireneusz Krzeminski *Quelle: wiadomo.co*

Interview mit Prof. Ireneusz Krzemiński, Soziologe an der Universität Warschau

Der Premierminister kündigte unerwartet die Valorisierung der Renten sowie eine 13. und 14. Monatsrente an. Ist dies nicht ein Zeichen dafür, dass er seine Wählerschaft sammelt und sich auf eine Wahl vorbereitet?

Prof. Krzemiński: Das frage ich mich auch, vor allem, weil wir zuvor eine unerwartete Ankündigung des Endes der Pandemie hatten. Nur wenige Tage zuvor hatte Minister Niedzielski dies angekündigt, was in völligem Widerspruch zu seinen früheren Äußerungen steht. Das sieht alles sehr merkwürdig aus, zumal wir immer noch eine große Zahl von Fällen und vielleicht nicht 500, aber immerhin 300 Todesfälle täglich haben. Was der Premierminister am Freitag angekündigt hat, war nichts Anderes als die Bestechung eines bedeutenden Teils der Wählerschaft, nämlich der Rentner, die in Polen sehr zahlreich sind.

Ich bin besorgt, ob es sich bei all dem nicht um eine Art pathologischen Plan handelt, den Kaczyński im Sinn hat, zumal wir es gleichzeitig mit einer Art Hetze gegen die EU zu tun haben, die es so früher nicht gegeben hat. Der Premierminister hat in letzter Zeit unglaubliche Lügen erzählt und die Realität nach den besten Modellen der sowjetischen Propaganda umgedeutet. Leider muss man ein gewisses Wissen haben, um das zu erkennen. Das erinnert sehr an die Situation beim Brexit, denn der begann mit einer derart verlogenen Verleumdung der Union. Solche chauvinistischen, imperialen Töne im Vereinigten Königreich, dass wir zu den Tagen des Imperiums zurückkehren müssen, waren immer wieder zu hören, und die Auswirkungen davon sehen wir heute: England ist aus der EU ausgetreten.

In ähnlicher Weise beginnt man in Polen, die EU zu schmähen, nur dass wir kein Imperium sind und es auch nicht waren. Andererseits sind die Befürworter der EU auch nicht besonders hörbar. Donald Tusk sollte auf einer Pressekonferenz erscheinen und gründlich, aber innerhalb von 5 Minuten, in 10 Sätzen erklären, dass die Energiepreise nicht „wegen der Union“ gestiegen sind, sondern wegen der Unfähigkeit dieser Regierung! Es sollte jedoch hinzugefügt werden, dass zur gleichen Zeit die Pro-EU-Erklärungen genauso zunehmen wie die Anti-EU-Erklärungen. Alles aufgrund des möglichen Überfalls von Putin auf die Ukraine. Alles zusammen gleicht einem völligen Durcheinander und Chaos.

Vielleicht sollte die Europäische Kommission reagieren? Bislang hat sie nur in den sozialen Medien eine Erklärung zu den Energiepreisen gemacht.
Sicherlich sollte etwas unternommen werden, zumal die Regierungspropaganda auf TVP immer und immer wieder wiederholt wird. Und dann haben wir noch - mit viel Geld aus unseren Steuern! – lügnerische Transparente im ganzen Land! Natürlich kann man echte Informationen finden, aber es ist komplizierter, man muss danach suchen, und eine solche Konferenz von Tusk würde auf allen Portalen und Medien zu finden sein. Das ist ein äußerst wichtiges Thema und eine sehr wichtige Forderung, die ich hier stelle.

Da der Verdacht besteht, dass die PiS vorgezogene Neuwahlen in Erwägung zieht, sollten wir uns den Zustand des Regierungslagers ansehen. Wenn man sich die Umfragen der letzten ein, anderthalb Jahre ansieht, ist ein klarer Abwärtstrend zu erkennen, der je nach Umfrageinstitut bei etwa 30-35 Prozent liegt.
Daher ist dies der letzte Moment, in dem man sagen kann, dass die PiS bereit ist, ein solches Spiel zu riskieren, das effektiver sein wird als 2007. In Kürze könnte sich herausstellen, dass Ziobro einen Deal mit der Konföderation eingeht und sich ein völlig anderes politisches Puzzle ergibt, das für die PiS äußerst gefährlich ist. Darüber hinaus könnte eine Untersuchungskommission zu Pegasus gebildet werden, was für die PiS sehr ungünstig wäre. Das ist der Moment, in dem man noch versuchen kann, diejenigen zu bestechen, die nicht ganz verstehen, was passiert. Wenn man diese Leute davon überzeugt, dass es an Tusk und an der EU liegt, dass wir hier so leiden, könnte die PiS die Wahlen gewinnen. Je länger dieser Prozess dauert, bis alle Fakten im öffentlichen Bewusstsein angekommen sind, desto besser für die PiS. Da es hier immer eine Zeitverzögerung gibt, sinken ihre Gewinnchancen, je länger sie warten.
Ich habe gestern mit einem Ratsmitglied aus Minsk Mazowiecki gesprochen, das lange Zeit eine PiS-Bastion war, und er sagte mir, dass die Menschen beginnen, sich zu empören, obwohl es immer noch einige gibt, die die PiS unterstützen. Hinzu kommen noch die Spannungen mit der Ukraine und die Möglichkeit eines russischen Angriffs. Dies kann von der PiS zu ihrem Vorteil genutzt werden. Und noch etwas ist wichtig: Die konkurrierende Opposition ist nach wie vorgespalten und von einer gemeinsamen Liste kann keine Rede sein. Wir haben eine Rivalität zwischen Hołownia und Donald Tusk, und das ist tödlich für die Idee einer geeinten Opposition und die Bildung einer solchen Koalition. Wie in Ungarn. Und auch hier gilt: Je mehr Zeit es gibt, desto größer ist die Chance, dass sich die Gegner innerhalb der Opposition vertragen. Die Zeit arbeitet also gegen die PiS, so könnte man meinen...

Viele Kommentatoren sind der Meinung, dass sich die Opposition, wenn es darauf ankommt und Wahlen stattfinden, vertragen wird. Teilen Sie diese optimistische Sichtweise oder werden die persönlichen Ambitionen der Führungspersönlichkeiten die Oberhand gewinnen?
Natürlich ist das Spiel mit den Ambitionen wichtig, aber es gibt auch programmatische Zweideutigkeiten. Ich möchte auf die kürzlich von Professor Cześnik (Gott, wie die Zeit vergeht! Ich erinnere mich noch an ihn als Student!) vorgetragenen Überlegungen verweisen. Er wies darauf hin, dass eine Wahlvereinbarung zwei Dinge bedeutet: Erstens, dass die Anhänger bestimmter Parteien letztlich ihre Kandidaten wählen, und das wird zusammengefasst zu einem Sieg führen. Zweitens muss von vornherein davon ausgegangen werden, dass eine Koalitionsregierung gebildet wird und dass diese von Parteien gebildet werden muss, die miteinander kooperieren! Dies scheint mir eine sehr wichtige und kluge Bemerkung zu sein - es lohnt sich also, sich auf die wichtigsten gemeinsamen Punkte zu einigen: gegen die PiS zu gewinnen, die demokratischen Institutionen wiederaufzubauen, die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Gerichte wiederherzustellen. Aber auch diese konkreten Diskussionen werden bereits in der Regierungskoalition und im neuen Parlament geführt werden. Und es wird eine Rückkehr zum Regieren

durch Diskussionen, Streit und Auseinandersetzungen sein, aber mit dem Ziel, zu einer gemeinsamen und besten Lösung zu kommen.

Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass der Pegasus-Ausschuss wie geplant, d.h. 5+5 plus Kukiz, die Angelegenheit klärt? Haben wir es nicht immer noch mit der Verführung von Paweł Kukiz zu tun, ihn auf die eine oder die andere Seite zu ziehen?

Diese Verführung wird sich fortsetzen, aber ich glaube nicht, dass im Moment viel getan werden kann. Kukiz hat Marschallin Witek das entsprechende Dokument vorgelegt, und die Angelegenheit nimmt seinen formellen Gang. Die Opposition arbeitet an einer Strategie für den Fall, dass Marschallin Witek Widerstand leistet. Es ist sehr vorteilhaft für die Opposition, dass sie versucht, Mittel und Wege zu finden, um Druck auf die PiS-Marschallin auszuüben, damit die Angelegenheit im Forum des Sejms zur Sprache gebracht werden kann. Die ganze Pegasus-Affäre zeigt, dass wir schon keinen demokratischen Staat mehr haben. Stellen Sie sich vor, etwas Ähnliches würde in Rumänien oder Bulgarien passieren, von den westlichen Demokratien ganz zu schweigen. Eine solche Regierung würde doch sofort mit großem Getöse untergehen.

In Polen gibt es keine Institutionen mehr, die reagieren und der Öffentlichkeit mitteilen könnten, was mit der Pegasus-Überwachung passiert ist und wie es dazu kam. Die demokratischen Institutionen sind in der Tat außer Kraft gesetzt. Es ist gut, dass wenigstens ein Senatsausschuss eingesetzt wurde, der bestimmte Dinge schwarz auf weiß aufzeigt. Der Senat im Allgemeinen rettet das Gesicht Polens in der Welt. Auch weil er sich nicht nur zu wichtigen Themen äußert, sondern auch, weil die Senatoren an die Grenze zu Weißrussland reisen, wo wir eine humanitäre Krise haben. Leider ist dabei nicht viel herausgekommen, aber es hat ein anderes Gesicht Polens gezeigt, und noch dazu ein „offizielles“ Polen.

In dieser Situation können wir nicht davon ausgehen, dass künftige Wahlen - egal, wann sie stattfinden - demokratisch und „normal“ sein werden. Da die PiS ihre polnischen politischen Gegner wie ausländische Feinde behandelt, müssen wir davon ausgehen, dass sie intrigieren und betrügen wird, wo sie nur kann. Ich habe den Eindruck, dass wir heute unter einer Besatzung der PiS stehen. Und das Schlimmste ist, dass so viele polnische Bürger dies nicht sehen - ja, sie wollen es nicht sehen.

Sie sagten, wir haben degenerierte demokratische Institutionen, oder haben wir vielleicht eine degenerierte Gesellschaft?

Sie haben Recht. Auf der einen Seite degenerierte Institutionen, die nicht mehr nach ihren demokratischen Zielen und Grundsätzen funktionieren. Andererseits: Wie sieht unsere Gesellschaft aus? Man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung gegen die PiS und die Auswirkungen ihrer Herrschaft ist. Gleichzeitig kann man aber auch Entmutigung verspüren und eine Konzentration darauf, egoistisch und zynisch zu handeln, um den eigenen Besitz, den der Familie und den der Angehörigen zu retten. Die Jungen haben das Gefühl, dass ihre Proteste wenig gebracht haben, und letztendlich die Älteren auch. Das führt dazu, dass man sich in seiner eigenen Welt und seinen eigenen Interessen einschließt. Wir sollten auch hinzufügen, dass die Gesellschaft durch die Herrschaft der PiS degeneriert wurde, vor allem wegen der mangelnden Achtung vor Gesetzen. Darüber hinaus spielt die PiS mit den schlimmsten menschlichen Eigenschaften, die sie bei den Menschen hervorbringt: Neid, sich illegal zu bereichern, durch vermeintlich soziale Aktivitäten unter dem Schutz der PiS zu profitieren. Genauso haben es die Kommunisten gemacht.

Darüber hinaus gibt es ein Element, das wir in Warschau nicht so oft sehen, nämlich die Angst. Die Menschen haben Angst, laut zu sagen, was sie denken, und das zeigt sich auch in den CBOS-Umfragen. Als die Menschen gefragt wurden, ob sie das Gefühl haben, ihre Meinung in der Öffentlichkeit frei zu einer Reihe von Themen äußern zu können, hatten Anfang der 2000er Jahre über 70 Prozent keine Angst, und jetzt sind diese Ergebnisse wohl im Jahr 2019 auf 38 Prozent gesunken. Ich vermute, dass auch hier die alten Erfahrungen mit dem Kommunismus zum Tragen kommen, wenn auch eher bei den älteren Menschen.

Auf der anderen Seite gibt es das Bewusstsein, dass es für „richtige“ und öffentlich geäußerte Ansichten Belohnungen gibt, ganz zu schweigen von der üblichen Speichelleckerei gegenüber den PiS-Behörden verschiedener Art. Bei diesem Bonus handelt es sich entweder um eine Beförderung, einen neuen

Arbeitsplatz oder andere Boni, die von den derzeitigen Parteibehörden nach Belieben verteilt werden. Darauf basiert die Demoralisierung und die Bestechung zum Bösen - das ist die DNA der PiS.

Zsfg.: AV

https://wiadomo.co/prof-ireneusz-krzeminski-ludzie-nie-widza-ze-sa-pod-okupacja-pis/

Morawiecki hat die Dreschflegel-Regel vor dem EuGH angewandt. Die Situation wird gefährlich für Polen

Quelle: wyborcza.pl

Premierminister Mateusz Morawiecki hat - mit Zustimmung des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński - beschlossen, vor dem EU-Gerichtshof zu prüfen, ob das Prinzip „Geld für Rechtsstaatlichkeit“ mit den europäischen Verträgen vereinbar ist. Selten hat man ein so eindrucksvolles Beispiel für politische Dummheit gesehen.

Es ist ein dummes Verhalten, wenn ein Politiker auf eigenen Wunsch die Lage des Landes und seiner selbst verschlechtert. Denn es war kaum zu erwarten, dass der EuGH anders entscheiden würde.
Das Vorgehen von Premierminister Morawiecki glich dem ungeschickten Einsatz eines Dreschflegels, mit dem man sich selbst auf den Kopf schlägt. Was hatte er sich erhofft? Dass die Verfahren in die Länge gezogen werden und Marine Le Pen die französischen Präsidentschaftswahlen gewinnt, obwohl die Umfragen ihr keine Chance geben?
Die Politik von Morawiecki und Kaczynski könnte dazu führen, dass Polen viel Geld verliert. Aus dem EuGH-Urteil geht hervor, dass einem EU-Land in bestimmten Fällen der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit Mittel entzogen werden können, ohne dass dafür ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates erforderlich ist.
Das bedeutet, dass nicht nur die Gelder aus dem Sonderplan für den nationalen Wiederaufbau, der nach den Worten des Premierministers ein neuer „Marshallplan“ ist, in Gefahr sind (58 Mrd. EUR), sondern auch Gelder aus dem mehrjährigen europäischen „Haushalt“, d. h. Gelder für Landwirte (das Paket für Polen beläuft sich auf fast 100 Mrd. EUR), gefährdet sind.
Im Gegensatz zu den Worten von Zbigniew Ziobro und Politikern der *Solidarna Polska* ist die Entscheidung des EuGHs keine politische Zensur, kein Angriff auf die EU-Verträge und keine Bedrohung der polnischen Souveränität. Der Mechanismus „Geld für Rechtsstaatlichkeit“ wurde von Morawiecki selbst auf dem Haushaltsgipfel 2020 vereinbart.

Die Europäische Union hat uns nun daran erinnert, dass sie eine Wertegemeinschaft ist und dass unser Land mit seinem Beitritt versprochen hat, ein Rechtsstaat zu sein. Bislang ist der Gemeinschaft kein Fall bekannt, in dem ein Mitglied so eklatant gegen diese Regeln verstoßen hat wie Polen und das Ungarn von Viktor Orbán, dem engsten Verbündeten der PiS-Regierung. Ohne Rechtsstaatlichkeit ist die EU einfach handlungsunfähig und kann die Ausgaben für den Euro nicht kontrollieren.
Das EuGH-Urteil ist auch ein weiterer - nach dem Desaster der „polnischen Ordnung“ - Schlag für Morawiecki selbst. Dennoch wurde er Premierminister, unter anderem, um die Beziehungen zu Brüssel zu normalisieren. Nach der letzten Rede des Premierministers vor dem Europäischen Parlament ist klar, dass die EU genug von den Täuschungen hat, die Morawiecki so erfolgreich auf der innenpolitischen Bühne betreibt. Politisch hat er sich als zu schwach erwiesen, um sein in Straßburg gegebenes Versprechen zu erfüllen, die Disziplinarkammer abzuschaffen.
Kaczyński und Ziobro haben bereits angekündigt, dass sie Polens Souveränität gegen Brüssel verteidigen werden. Man kann auch Millionen weiterer Plakate produzieren, eine weitere PR-Strategie entwerfen und die Niederlage als großen Sieg bezeichnen.
Auch ein aus Sicht des herrschenden Lagers völlig unkonventionelles Vorgehen ist denkbar - die Einhaltung der eigenen Verfassung und des EU-Rechts. Denn die Situation ist nicht mehr nur für die *Vereinigte Rechte* schwierig, sondern wird für Polen extrem gefährlich.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75398,28120058,morawiecki-i-zasada-cepa.html

Der Intendant des Słowacki-Theaters wird entlassen. Der Vorstand der Woiwodschaft Kleinpolen hat ein Verfahren eingeleitet

Quelle: wyborcza.pl

Am 11. Februar berichtete TVP3, dass das Marschallamt der Region Kleinpolen (das Gründungsorgan des Theaters) beabsichtige, Krzysztof Głuchowski von seinem Posten als Intendant des Słowacki-Theaters zu entlassen. In dem Material wurden Anschuldigungen über „mögliche Missbräuche“ und „Vulgarisierung der Sprache“ erhoben. Der Marschall der Region Malopolska, Witold Kozłowski, dementierte jedoch diese Information. „Es läuft kein Verfahren zur Entlassung des Intendanten des J. Słowacki Theaters in Krakau, Herrn Krzysztof Głuchowski“, teilte das Büro des Marschalls der „Wyborcza“ offiziell mit. Nun stellt sich heraus, dass das Büro nicht die Wahrheit gesagt hat. Der veröffentlichten Ankündigung zufolge waren die Vorbereitungen für die Entlassung des Intendanten aus seinem Amt bereits im Gange.
„Bei der Kontrolle und Prüfung, die das Prüfungs- und Kontrollamt des Marschallamtes der Region Kleinpolen im Jahr 2021 im Juliusz-Słowacki-Theater in Krakau durchgeführt hat, wurde ein Verstoß gegen die Bestimmungen zur Anwendung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen festgestellt. Darüber hinaus hat Herr Krzysztof Głuchowski die Umsetzung der Vereinbarung vom 23. Oktober 2018 über die organisatorischen und finanziellen Bedingungen der Tätigkeit des Juliusz-Słowacki-Theaters in Krakau und dessen Tätigkeitsprogramm im Hinblick auf § 4 Absatz 2 der Vereinbarung, d. h. die Verpflichtung des Direktors, während seiner Amtszeit für den guten Ruf des Theaters zu sorgen, nicht eingehalten“, heißt es in einer am 17. Februar veröffentlichten Erklärung der Verwaltung der Region Kleinpolen. „Darüber hinaus wurde dem Ombudsmann für öffentliche Disziplin bei der regionalen Rechnungskammer in Krakau ein Hinweis auf einen Verstoß gegen die Disziplin der öffentlichen Finanzen übermittelt.“ In der Ankündigung wird nicht näher ausgeführt, worin die mangelnde Sorgfalt „für den guten Rufs des Theaters“ bestehen soll.

Es ist inoffiziell bekannt, dass das für April geplante Konzert von Maria Peszek der Vorwand für die Entlassung des Intendanten war. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.
Die Entlassung des Intendanten ist eine Strafe für die Inszenierung von *Dziady* (*Die Totenfeier*). Es sei daran erinnert, dass sie die rechte Szene empörte und eine Lawine absurder Anschuldigungen gegen das Theater und seinen Intendanten auslöste. Das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe zog sich von der angekündigten Schirmherrschaft über das Krakauer Theater zurück, was zu einer Lücke von 3 Millionen Zł im Budget der Einrichtung führte.
„Ich stehe unter ständigem Druck - gegrillt nach der Inszenierung von 'Dziady'. Das ist wie eine Quälerei. Ich beschwere mich nicht, denn ich war darauf vorbereitet“, kommentiert Krzysztof Głuchowski in der Tageszeitung Wyborcza und gibt zu, dass einer der Gründe das geplante Konzert war. „Es gibt keine Zweifel, dass es um die Dziady-Inszenierung und das Konzert von Maria Peszek ging, was letztlich nicht von uns organisiert wird. Nicht wir im Theater schreiben die Lieder von Maria Peszek. Es ist eines von vielen Konzerten.“
Und er fügt hinzu: „Es ist klar, dass einige der Künstler in Polen auf dem Index stehen. Ich konnte dem Drängen von Marschall Kozłowski, das Konzert abzusagen, nicht zustimmen. Wie kann jemand die Dreistigkeit besitzen, zu behaupten, dass bestimmte Künstler kein Recht haben, auf den Bühnen von Kleinpolen aufzutreten? Die Entscheidung ist gefallen. Ich möchte sagen, dass es so viele Künstler wie möglich geben sollte, die angeblich den ‚guten Ruf‘ verletzen.“

Kommentare aus der Politik und der Kommune über die Entscheidung des Marschalls: „Wohin gehst du, Polen?“
Die Entscheidung der Provinzverwaltung, den Direktor des Słowacki-Theaters zu entlassen, wurde von Małgorzata Jantos, Vorsitzende des Kulturausschusses im Rathaus, kritisiert. Sie behauptet, dass die in der Verfassung garantierte Kunstfreiheit verletzt wird, wenn die Entlassung vollzogen wird. „Ich konnte diese Entscheidung nicht fassen. Ich habe mit dem Intendanten Krzysztof Głuchowski gesprochen und ihn und mich selbst davon überzeugt, dass das nicht passieren darf", kommentiert Jantos. Und fügt hinzu: „Die Freiheit der Künstler ist in der Verfassung (Artikel 73) garantiert, aber wie kann man sich auf die Verfassung berufen, wenn sie nicht respektiert wird? Die Generation, die die kommunistische Zensur erlebt hat, erinnert sich an solche Ereignisse. Wohin gehst du, Polen?“
Wojewodschaftsrat Tomasz Urynowicz hat keinen Hehl aus seiner Enttäuschung über die Entscheidung von Marschall Kozłowski gemacht. Er schrieb auf Twitter, dass die Einleitung des Entlassungsverfahrens eine Schande für Kleinpolen sei.

Zsfg.: AV

https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,28125593,dyrektor-teatru-im-slowackiego-bedzie-odwolany-zarzad-wojewodztwa.html

Olga Tokarczuk erobert Amerika. Ihr Roman war in weniger als zwei Wochen auf den Bestsellerlisten

Quelle: wyborcza.pl

In weniger als zwei Wochen war Olga Tokarczuks Roman unter den zehn meistverkauften Büchern in der Rangliste der „New York Times“. Sie steht sogar noch weiter oben auf der Liste der unabhängigen Buchhandlungen.

Der Erfolg auf dem amerikanischen Markt wurde von der Olga Tokarczuk Foundation hervorgehoben. „Verzeihen Sie uns, aber wir müssen Ihnen diese Informationen mitteilen. *Die Jakobsbücher* stehen 10 Tage nach der Premiere auf Platz 10 der Bestsellerliste der *New York Times* und auf Platz 5 der Liste unabhängiger amerikanischer Buchläden!“, schrieb die Person, die das Profil erstellt hat. Der Eintrag wird durch das Cover der amerikanischen Ausgabe illustriert.

Der Rezensent der New York Times, Dwight Garner, schreibt über den Roman der polnischen Nobelpreisträgerin: „Widerspenstig, überwältigend und extrem exzentrisch, voll von raffiniertem, rüpelhaftem und aberwitzigem Witz. Hier wird alles sowohl ernst genommen als auch ad absurdum geführt“. Er weist darauf hin, dass das Buch anspruchsvoll ist, aber die Mühe lohnt und fügt hinzu: „Die Literaturwissenschaftler werden sich noch jahrzehntelang mit seinen Themen auseinandersetzen“. Er lobt auch die Übersetzung von Jennifer Croft, die auch das mit dem *Booker Prize* ausgezeichnete Buch *The Runners* [dt. *Unrast*] ins Englische übersetzt hat.

Die Jakobsbücher wurden in den USA am 1. Februar von *Riverhead Books* veröffentlicht. Zuvor, im November, hatte die englische Übersetzung im Vereinigten Königreich Premiere (veröffentlicht von *Fitzcarraldo*), wo sie von den Kritikern gut aufgenommen wurde. Marcel Theroux, ein Rezensent des Guardian, schrieb, der Roman sei „dicht, fesselnd und seltsam“, aber auch „visionär“. Und dass die Lektüre für viele Leser ein Wendepunkt in ihrem Leben sein könnte.

Tokarczuks Roman ist bereits in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt worden, darunter Schwedisch, Ukrainisch, Niederländisch, Deutsch und Französisch.

Zsfg.: JP

https://bi.im-g.pl/im/5b/aa/1a/z27961947V,-Ksiegi-Jakubowe--Olgi-Tokarczuk-na-liscie-bestsel.jpg

ZITAT DER WOCHE

Quelle: wyborcza.pl

"Jetzt geht es um die Frage, wo die Grenzen zwischen Ost und West verlaufen. Was in der Ukraine geschieht, entscheidet darüber, ob Polen sicher sein wird."

Donald Tusk

Quelle: https://wyborcza.pl/7,82983,28122158,kryzys-na-ukrainie-tusk-zaprasza-bylych-prezydentow-i-generalow.html

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

sueddeutsche.de

EU darf Polen und Ungarn Zahlungen kürzen
https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-eugh-rechtsstaat-polen-ungarn-1.5529717

---

zeit.de

Russland zeigt sich gesprächsbereit mit dem Westen
https://www.zeit.de/news/2022-02/15/russland-zeigt-sich-gespraechsbereit-mit-dem-westen

---

faz.de

Dicke Luft im Dreiländereck
https://taz.de/Streit-zwischen-Polen-und-Tschechien/!5834758/

---

welt.de

Ein neues Schulgesetz soll Polens Netflix-Jugend sittsam und gläubig machen
https://www.welt.de/debatte/kommentare/article236812685/Schulgesetz-soll-Polens-Netflix-Jugend-sittsam-und-glaeubig-machen.html

---

tagesschau.de

Polens Fremdeln mit der EU-Klimapolitik
https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-eu-klimapolitik-101.html

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus